

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 09.10.2008**

***öffentlich***

**Ort:** Amt für Kinder, Jugend und Familie  
Schopenhauerstraße 4  
Raum 117  
06114 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 18:40 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Andreas Nowotny  
Frau Heike Wießner  
Frau Ute Haupt  
Frau Gertrud Ewert  
Frau Hanna Haupt  
Herr Klaus Adam ab 16.15 Uhr anwesend  
Frau Elke Schwabe  
Frau Dr. Regine Stark  
Herr Leonhard Dölle  
Frau Beate Gellert  
Frau Antje Klotsch  
Herr Uwe Kramer  
Frau Helga Schubert  
Herr Winfried Weber  
Herr Ralf Berger  
Frau Peggy Rarrasch  
Frau Dr. Christine Slomka ab 16.20 Uhr anw.  
Frau Katharina Brederlow  
Frau Petra Schneutzer

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Hendrik Lange Vertreter Herr Bartsch anw.  
Herr Dr. Peter Piechotta Vertreterin Frau Schubert anw.  
Herr Helmut Becker  
Frau Dagmar Deckwerth entschuldigt  
Frau Renate Leonhard  
Herr Max Privorozki  
Frau Susanne Wildner entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 04.09.2008
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Streetworkbericht
- 6. Bericht des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Entwicklung in der Jugendhilfe
- 7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2008/07420 **wurde von der TO abgesetzt**
- 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zur Einführung von gestaffelten Benutzungsgebühren nach Einkommen und Kinderzahl für den Besuch von Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: IV/2008/07234 **wurde vertagt**
- 8.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Evaluation des Beratungs- und Koordinierungsbedarfs im Bereich Bildung in Halle  
Vorlage: IV/2008/07392
- 9. Schriftliche Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 9.1. Anfrage des Mitglieds des Jugendhilfeausschusses Heike Wießner - CDU - zu den Kosten von Krippen, Horten und Kindertagesstätten  
Vorlage: IV/2008/07480
- 10. Mitteilungen
  - des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Entwicklung in der Jugendhilfe **wurde unter TOP 6 separat behandelt**
  - der Verwaltung zum Bauzustand Objekt Cliquentreff "Schnatterinchen"
- 11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 12. Anregungen

## zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Es waren keine Kinder und Jugendlichen erschienen und somit begann gleich die Sitzung.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

**Frau Hanna Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung als auch die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßte Herrn Geier, welcher i.V. von Dr. Marquardt anwesend ist.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass der TOP 6.1 von der Verwaltung von der TO genommen wird und gab das Wort an Herrn Geier.

**Herr Geier** informierte, dass die Verwaltung diese Vorlage zurück zieht. Diese Vorlage wird parallel zur Sitzung des Stadtrates am 29.10.08 versendet, auch an die freien Träger.

Im Jugendhilfeausschuss wird es am 06.11. eine 1. Lesung geben und im Dezember soll diese verabschiedet werden. Im Stadtrat wird diese Vorlage zusammen mit dem Haushalt eingebracht werden, da dies im Zusammenhang steht.

**Frau Hanna Haupt** appellierte an alle Mitglieder, dass die Priorität der Verabschiedung der Haushaltsunterlagen bis Dezember von Allen zu sehen ist. Sie machte darauf aufmerksam, dass auch im Jugendhilfeausschuss mit einer Sondersitzung zu rechnen ist, da im Dezember 2008 der Haushalt der Stadt beschlossen werden soll.

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass auch der TOP 7.1 Antrag der Linken zur Gebührensatzung von der TO genommen wird, da dies im Zusammenhang mit der Vorlage behandelt werden soll.

**Frau Ute Haupt**, als Vertreterin der Antragseinreichenden Fraktion, stimmte dem zu.

**Frau Hanna Haupt** fragte an, ob es weitere Ergänzungen zur Tagesordnung gibt.

**Frau Klotsch stellte den Antrag**, dass der unter dem TOP 9. Mitteilungen aufgeführte Unterpunkt

- des UA Jugendhilfeplanung zur Entwicklung in der Jugendhilfe als separater TOP behandelt wird.

**Die Verwaltung** machte darauf aufmerksam, dass dies im Zusammenhang mit dem Haushalt anzusehen ist und diese Thematisierung heute hier nicht erfolgen kann. Es soll heute nur ein Bericht zur Situation aus dem UA heraus erfolgen und zwar unter Mitteilungen.

**Herr Weber**, als Vorsitzender des UA, sprach an, dass im UA darüber gesprochen wurde, dass dies als Bericht im JHA erfolgen sollte und nicht unter Mitteilungen. Die separate Behandlung als extra TOP soll als „symbolische Wertung“ erfolgen.

Es gab zum gestellten Antrag eine kurze Diskussion zwischen der Verwaltung und Mitgliedern des JHA.

**Frau Hanna Haupt** rief den Antrag von Frau Klotsch zur Abstimmung auf.

Befürwortungen:	8
Ablehnungen:	3
Enthaltungen:	3

Damit wurde dem **Antrag von Frau Klotsch mehrheitlich zugestimmt** und der Bericht des UA Jugendhilfeplanung als TOP auf die TO als TOP 6 gesetzt.

Weitere Hinweise zur TO gab es nicht.

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass die Tagesordnung mit Absetzung der TOP 6.1. und 7.1. und Aufnahme des TOP „Bericht des UA Jugendhilfeplanung..“ als TOP 6 bestätigt wurde.

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 04.09.2008**

Der Niederschrift wurde ohne Änderungen zugestimmt.

### **zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

**Frau Hanna Haupt** gab bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung am 04.09.2008 der Verein Kaltstart – Verein für Improvisationstheater e.V. die unbefristete Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe erhalten hat.

### **zu 5 Streetworkbericht**

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass der Bericht heute an alle Mitglieder ausgeteilt worden ist. Sie begrüßte Herrn Mirko Petrick, Herrn Peter Gaudig und Frau Katrin Ortmann, welche für die Berichterstattung zur Verfügung stehen.

**Frau Brederlow** sprach an, dass es vor der Sommerpause Anfragen durch Mitglieder des JHA zu verschiedenen Themen gab und heute hierzu berichtet werden soll. Die Anfragen zum GraffitiProjekt und Fanprojekt finden sich im Bericht wieder. Streetwork berichtet auch aus seiner Arbeit in den Ressorts.

**Herr Gaudig** informierte zu einzelnen Projekten und der Problematik Drogen, Gewalt, Streitschlichtung. **Frau Ortmann** berichtete stadtteilübergreifend zur Situation. Sie sprach an, dass durch die erfolgte Umstrukturierung Streetwork noch stärker in Einzelfälle eingebunden ist. Ein Ansteigen von Anzeigen familiärer Gewalt wird wahrgenommen. Durch Streetwork wurde angesprochen, dass unter den Jugendlichen oftmals eine Perspektivlosigkeit gesehen wird. Herr Gaudig berichtete zum Sozialraum Mitte-Nord-Ost, hier insbesondere zum Cliques-Treffpunkt Marktplatz und sprach an, dass Zugangsmöglichkeiten zu dieser losen Gruppe durch Streetwork gegeben sind. Im Sozialraum Heide-Nord gibt es am Hubertusplatz punktuell einen Cliqueschwerpunkt. Hier haben sich Jugendliche getroffen, durch die es Anfeindungen gegenüber Mitarbeitern des Max-Planck-Institutes gab, welche aber geklärt werden konnten. Im SR Heide-Nord ist ein sehr enges Wohngebiet. Seit April 2008 gibt es dort eine Außenstelle des Stadtteilzentrums West mit Mitarbeitern vor Ort. Diese wird auch stark frequentiert. Frau Ortmann berichtete insbesondere zum Stadtteil Silberhöhe, südliche Innenstadt. Hier sind überwiegend auch Weißrussen und Kurden anzutreffen; Nutzung des DKSB für Angebote, schwerer Zugang zu den Weißrussen, seit deren Anlaufpunkt beim IB weggefallen ist. Im Pestalozzipark soll ein Mehrgenerationenspielfeld entstehen, was durch Streetwork angeschoben wurde. Hier soll für Jung und Alt etwas zur sportlichen Betätigung entstehen.

**Anfragen durch Frau Ute Haupt** an Streetwork:

1. Welche Erwartungen hat Streetwork an den JHA?
2. Gibt es in Heide-Nord Spannungen unter den Jugendlichen in Form Konkurrenzkampf?
3. In der Silberhöhe gab es vor kurzem den Totschlag eines Menschen an einem Cliques-Treffpunkt; ist dies noch ein Treffpunkt für Jugendliche geblieben?

**Die Streetworker antworteten**, dass der Wunsch nach einer weiterhin gut funktionierenden Trägerlandschaft in Halle besteht. Gut funktionierende Vernetzungsarbeit darf auch im Interesse des Klientels nicht wegfallen.

Der Treffpunkt auf der Silberhöhe, wo der Mann zu Tode kam, wird als regelmäßiger Cliquentreffpunkt nicht genutzt. Eine besondere Tragik ist hier zu verzeichnen, da das Opfer im Fanprojekt mit tätig war und somit den Streetworkern bekannt. Der Täter war vorher nicht besonders auffällig gewesen und wurde eher noch als ruhig beschrieben.

Konkurrenzkämpfe unter Jugendlichen in Heide-Nord sind so nicht sichtbar. Zu verzeichnen ist eine Zunahme von sexuellem Missbrauch im dortigen Sozialraum. Hier wünscht sich Streetwork eine schnellere Einbeziehung nach Bekannt werden durch die Polizei. Hinweisen durch aufmerksame Nachbarn o.a. wird unverzüglich im Interesse des Kindeswohl nachgegangen.

**Herr Berger, beratendes Mitglied (Polizei)** sprach an, dass er die Feststellung zur Zunahme von sexuellem Missbrauch in Heide-Nord bei seinen Kollegen hinterfragen wird. Er sprach an, dass die Polizei nicht von jedem Mitarbeiter des Amtes die Telefonnummer hat und nicht jeden Mitarbeiter persönlich anrufen kann. Eine Meldung wird an entsprechender Stelle gemacht. Da aus dem Bericht nicht die Zusammenarbeit mit JuBP hervorgeht, hinterfragte er diese.

**Herr Gaudig antwortete**, dass es hier Kontakte gibt. Die Mitarbeiter der JuBP arbeiten auch in den Vernetzungsgruppen der Sozialräume mit.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angefragt, ob es tatsächlich mehr Anzeigen von sexuellem Missbrauch im SR Heide-Nord gibt bzw. woran diese Zunahme gemessen wird. Wie wird den Hinweisen nachgegangen und wie ernst werden diese genommen. Wie läuft die interne Zusammenarbeit dazu zwischen Streetwork und ASD.

**Herr Gaudig antwortete**, dass es nach § 8a klare Anweisungen gibt.

Bsp. durch Hinweis eines Internetproviders zu einer auf dessen Portal geschalteten Seite wurde auf ein minderjähriges Mädchen aufmerksam gemacht.

Der Provider hatte im Amt zur Volljährigkeit des Mädchens angefragt und nach Information löschte er sofort diese Seite. Streetwork wurde dadurch aufmerksam, dass hier Kinder für sexuelle Dienste „verkauft“ wurden. Es erfolgte eine sofortige Reaktion. Er sprach an, dass auch Hinweisen durch Nachbarn zu vermuteten Missbräuchen sofort nachgegangen wird.

**Herr Petrick ergänzte**, dass Streetwork keine Statistik hierzu führt. Es geht um ausschließlich subjektive Wahrnehmungen der Mitarbeiter hierzu, welche besagt, dass es eine vermehrte Zunahme von Kindesmissbrauchsfällen gibt.

**Durch ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angefragt, wie der Stand zu

- rechtsorientierten Jugendlichen in Heide-Nord
- Kampfsauf-Aktionen und demzufolge auch der Zunahme von sexuellen Aktivitäten

ist. Wie kann Streetwork hierauf reagieren und agieren?

**Herr Gaudig antwortete**, dass bereits beim letzten Bericht von Streetwork erwähnt wurde, dass aus Heide-Nord ein Wechsel in Richtung Delitzscher Straße erfolgte, was rechtsorientierte Jugendliche betrifft. Für Aussteiger aus der Szene ist Streetwork ein Ansprechpartner. In Heide-Nord gibt es seit längerer Zeit nicht mehr die Wahrnehmungen zu rechtsorientierten Jugendlichen wie vor längerer Zeit. Grund kann auch sein, dass 3 Jugendliche davon inhaftiert sind. Da viele Migranten dort wohnen, erfolgen die in den Schulen wahrzunehmenden typischen Anpöbelungen unter Jugendlichen. Plakatierungen erfolgten nicht mehr in diesem Sozialraum.

Zu den so genannten Kampfsauf-Aktionen wies er auf die öffentliche Diskussion und die Reibungspunkte hierzu hin. Er sprach den Raucherschutz ab 18 Jahre und das allgemeine Rauchverbot in öffentlichen Räumen an und die nunmehrige Aufhebung in Gaststätten. Diese Inkonsequenz setzt auch für Jugendliche Signale.

**Herr Petrick** informierte zur Skaterszene, die eine selbst gut organisierte Szene ist. Hier erfolgende Reibereien sind mehr „sportlicher“ Natur. Der zukünftige Skaterpark in Halle-Neustadt ist für alle nutzbar und nicht nur für eine Szene. Er sprach die schwerpunktmäßige Arbeit in den einzelnen Sozialräumen an.

Für die Graffiti-Szene gibt es bei Streetwork eine direkte Ansprechpartnerin, Frau Kathrin Ströfer. Graffiti stellt auch eine Art von Jugendkultur dar. Es gab viele Projekte in der Vergangenheit, die gut angenommen und auch durch die Öffentlichkeit positiv wahrgenommen wurden. Er erinnerte an den ehemaligen Bahnhofstunnel, welcher 1996 besprüht worden ist und bis zum Abriss so gestaltet blieb. Finanzielle Mittel für Projekte stehen nicht mehr zur Verfügung. Dies bedeutet Einschnitte in bestimmte Bereiche. Durch Streetwork wurden viele Leute aus der Illegalität geholt. Streetwork hat auch teilweise Jugendliche bei der Wiedergutmachung angerichteten Schadens begleitet. Sie wünschen sich hier eine positivere Lobby in der Öffentlichkeit. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit der Polizei, speziell bei einem aktuellen Präventions-Projekt für Schulen, welches gemeinsam erarbeitet wurde.

Zum Fanprojekt informierte er, dass der Mitarbeiter des Fanprojektes, welcher auch Streetworker ist, seit einiger Zeit dem Ordnungsdezernat zugeordnet wurde. Momentan gibt es hier noch Findungsprozesse, da es hier unterschiedliche fachliche und dienstliche Ansätze gibt. Es sind unterschiedliche Erwartungshaltungen vorhanden, die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ist sehr hoch. In den letzten zwei Jahren wurde besonders mit dem HFC zusammen gearbeitet. Das Fanprojekt ist aber ein Projekt welches für alle Fans unterschiedlicher Projekte offen ist und nicht ausschließlich für die HFC-Fans. Dass der Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit HFC-Fans liegt, begründet sich in der Verhaltensauffälligkeit der HFC-Fans der letzten Jahre sowie der Bedarfsanfrage älterer HFC-Fans direkt an Streetwork, die um sozialarbeiterische Unterstützung geworben haben.

**Herr Petrick** sprach an, dass am 20.10.08 die Eröffnung der Ausstellung „Ballarbeit – Szenen aus Fußball und Migration“ ist. Diese ist jetzt aktuell in Leipzig und wird hier in Halle dann im Stadtmuseum bis 14.11.08 zu sehen sein.

**Anfrage durch ein Mitglied (skE)** zu den unterschiedlichen Wahrnehmungen zu Graffiti. Wie werden Wiedergutmachungsmaßnahmen unterstützt.

**Herr Petrick antwortete**, dass Streetwork nicht für repressive Maßnahmen zuständig ist. Hierfür sind die Ordnungsbehörden Ansprechpartner. Er wies auf das vor einigen Jahren existierende Projekt zum Täter-Opfer-Ausgleich hin. Hier wurden die Jugendlichen durch Streetwork begleitet.

**Durch ein Mitglied (StR)** wurden die geäußerten Bedenken zur unterschiedlichen Anbindung des Fanprojektes hinterfragt. Es wurde ein Widerspruch zu dem ordnungspolitischen Auftrag dargestellt.

**Herr Petrick antwortete**, dass die Streetworker das Fanprojekt als sozialpädagogisches und -politisches Projekt sehen. Streetwork hat keinen ordnungsrechtlichen Auftrag. Z.Zt. besteht eine große Unsicherheit. Streetwork hat gegenüber Jugendlichen eine Verpflichtung, nämlich vertraulich mit diesen zusammen zu arbeiten und ohne deren Einverständnis nichts von ihnen preiszugeben.

**Frau Brederlow** sprach an, dass die geäußerten Bedenken ernst genommen werden müssen. Das Jugendamt ist keine Eingriffsbehörde. Es findet mit dem Dezernat III ein Prozess statt. Das Fanprojekt läuft als ein Teil im Jugendamt. Eine enge Zusammenarbeit wird probiert, ohne dass die Aufgabe von Streetwork verloren geht.

Durch **ein Mitglied (fr. Träger)** wurde angesprochen, dass es früher Sprühaktionen gemeinsam mit Streetwork gab, die auch von der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen wurden. Beim Parkfest in Südstadt gab es Aktionen und anschließend wurden die Bilder versteigert. Es wird bedauert, dass dies auf Grund finanziell knapper Kassen nicht mehr durchführbar ist. Dass das Fanprojekt nicht nur Ansprechpartner für HFC-Fans ist, wurde bisher so nicht gesehen. Das Angebot, das auch andere Fans sich an das Projekt wenden können, wird gern aufgegriffen. Dieses Wochenende findet eine Mitternachtssportaktion mit Migranten im Süden statt. Es ergeht kurzfristig die Einladung an den Mitarbeiter, dieser Fanarbeit beizuwohnen.

Durch **Herrn Glomski** (beratendes Mitglied vom Amtsgericht) wurde angesprochen, dass die Mittelkürzung sich auch auf die Jugendgerichtshilfe auswirkt. Diese sehen sich nicht mehr in der Lage, sich entsprechend um Einzelfälle kümmern zu können. Früher gab es Ladendiebstahlkurse oder Projekte für jugendliche Verkehrstäter, das ist alles nicht mehr möglich. Auch Arbeitsmittel der Polizei werden den Jugendgerichtshelfern nicht mehr zur Verfügung gestellt. Wo ist zukünftig noch die Ableistung von Stunden möglich, wenn immer mehr wegfällt.

**Frau Brederlow antwortete**, dass wieder angedacht ist, ab nächstem Jahr die Ladendiebstahlkurse anzubieten. Früher gab es noch zur Unterstützung des Personals ABM, dies wurde im Lauf der Jahre alles gestrichen. Mit dem bestehendem Personal sind solche Projekte kaum aufrecht zu erhalten, abgesehen von der Finanzierung.

**Frau Hanna Haupt** dankte den Streetworkern für die umfangreiche Berichterstattung.

## **zu 6 Bericht des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Entwicklung in der Jugendhilfe**

**Frau Brederlow** sprach an, dass es unterschiedliche Berichterstattungen, auch Falschmeldungen, zu den Mittelkürzungen in der Jugendhilfe gibt. Gegenwärtig liegen noch keine konkreten Haushaltszahlen vor, so dass hierzu keine Diskussion statt finden kann. Über Strategien kann gesprochen und erste Informationen gegeben werden. Sie bat den Vorsitzenden des UA Jugendhilfeplanung, Herrn Weber, um Einstiegs Worte bevor die Verwaltung den Bericht gibt.

**Herr Weber sprach** an, dass in den letzten Sitzungen der UA sich mit den Prioritäten und Diensten in der Jugendhilfe befasst hat. Klar ist, dass im UA 4750 kein Aufwuchs an Haushaltsmitteln möglich ist. Bei den Trägern ist ein Kostenaufwuchs z.B. bei Tarifsteigerungen, Energiekosten von mind. 2,5 % zu verzeichnen. 70-80% sind Personalkosten in den Einrichtungen, es sind kaum noch Deckelungen möglich. Im UA musste man sich der Tatsache stellen, dass man sich von Diensten und Einrichtungen in der Stadt Halle verabschieden muss, wenn die Mittel im Haushaltsbudget nicht erhöht werden. Es muss eine Balance zwischen Standardleistungen, sozialraumbezogenen und sozialraumübergreifenden Leistungen gefunden werden. Die tatsächliche Antragslage kannte der UA bis vor Kurzem nicht.

Die Verwaltung (Frau Brederlow/Frau Schöps)hielt den Bericht als Powerpointpräsentation.

**Frau Brederlow** sprach an, dass dieser Bericht mit dem UA abgesprochen wurde.

Die Gliederung enthielt:

1. soziodemografische Entwicklung/Bürgerumfrage
2. fachlich inhaltliche Standards
3. Budgetrahmen
4. Empfehlungen des UA Jugendhilfeplanung
5. Erwartung an den JHA

Sie sprach **zu 1.** an, dass es in der Bevölkerungsentwicklung grafierende Einschnitte gibt, einerseits Zunahme von Bevölkerungsschichten aber Abnahme von Kindern und Jugendlichen. Es wurden hier insbesondere die Anteile der Haushalte mit Kindern bzw. Haushalte mit Bedarfsgemeinschaften mit Kindern deutlich. Alle zwei Jahre macht das Institut für Soziologie Befragungen in Haushalten der Stadt Halle. Die Ergebnisse wurden dargelegt.

**Zu 2.** sprach sie die fachlich inhaltlichen Standards im präventiven Bereich an. Im UA 4750 sind nicht nur freiwillige sondern auch Pflichtleistungen , z.B. die Erziehungsberatungsstellen, enthalten. Klar ist, dass mehr Erziehungsberatungsstellen auf Grund der Bedarfe benötigt werden als vorhanden sind. Die Vermittlung in diese Beratungsstellen erfolgt nicht ausschließlich über Sozialarbeiter des Amtes. Tendenz ist, dass die Familien sich selbst gleich an die Beratungsstellen wenden. Wartezeiten sind bis zu 12 Wochen. Sie wies darauf hin, dass die Richtlinie des LSA hierzu seit Jahren gleich geblieben und nicht der Situation angepasst wurde. In Halle läuft dies zusätzlich über HzE. Die Beratungsbedarfe sind sehr gestiegen, diese verpflichtende Leistung soll mindestens gehalten werden.

**Frau Schöps** erläuterte die nach Sozialräumen aufgelisteten Jugendbegegnungszentren und Beratungsstellen. Sie sprach an, dass die Frage hierbei war, was überhaupt noch leistbar ist. Personal- und Betriebskosten laufen über den UA 4750. Es sollte einen Sachkostenkatalog geben, um zu sehen, was noch notwendig ist. Dies wurde gemeinsam erarbeitet. Sie stellte die übergreifende Jugendarbeit dar. Hier müssen Kriterien und Standards erarbeitet werden. Die Mindestbereiche müssen abgesichert werden, das sind die Familienbegegnungsstätten.

Es wurde **zu 3.** der Budgetrahmen erörtert. Entwicklung, Ausblicke auf 2009, Zusammensetzung der „möglichen“ Zuwendungen. Klar wird hierbei, dass Mittel von 3.062.300,- € unter Berücksichtigung der Fachkräfteplanung, kommunale Förderung, Jugendhilfeplanung zur Verfügung stehen - die Antragslage liegt bei 3.207.549,- €.

**Zu 4.** Empfehlungen des UA Jugendhilfeplanung . Hier wurde informiert, welche Einrichtungen in der Jugendhilfe übergreifend auf jeden Fall bestehen bleiben und gefördert werden sollten.

Empfohlen wird die Reduzierung der Förderung für:

- Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche um ca. 100,- T€ (von 5 auf 3 Personalstellen) und Ablehnung des Antrages des Familienkompetenzzentrums der Franckeschen Stiftungen insgesamt;

Das **sind ERSTE Überlegungen** aus dem UA Jugendhilfeplanung heraus.

**Es ist eine mögliche Variante aber noch kein Beschlussvorschlag!!** Weitere Einrichtungen sind bei den Überlegungen nicht ausgeschlossen.

Aktuell **informierte die Verwaltung** darüber, dass vorsorglich die Verträge mit den freien Trägern zu freiwilligen Leistungen gekündigt wurden und die Kündigung den Trägern jetzt zugehen. Es wurde darauf verwiesen, dass die Erziehungsberatungsstellen nicht zur Disposition stehen.

**Zu 5.** , die Erwartung an den JHA wurde dahingehend formuliert, dass eine Position des JHA zu den Empfehlungen des UA Jugendhilfeplanung erforderlich ist. Voraussetzung für die konkreten Entscheidungen sind die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Es muss von einer Reduzierung der Mittel von 400.000 € ausgegangen werden.

**Durch ein Mitglied (fr. Träger)** wurde der Bericht als ein qualifizierter Bericht mit finanziellen Abwägungen gelobt.

**Herr Weber erwähnte**, dass in der Stadt eine gezielte Prävention aufgebaut worden ist. Dem UA hat bisher keine Planungsgröße vorgelegen. Er fragte, wie es Herrn Geier als Finanzdezernenten und Herrn Dr. Marquardt gelingt, hier eine Verzahnung zwischen Fachlichkeit und Haushaltssituation vornehmen zu können.

**Herr Geier antwortete**, dass die Sachlage in der Öffentlichkeit hierzu klar ist. Die Fachplanung wird den Beigeordneten überlassen und diese hatten für den Haushalt eine erste Anmeldung zu tätigen. Eine inhaltliche und zeitliche Synchronisation muss stattfinden und eine zeitliche Chronologie hinbekommen werden. Das Haushaltsbudget und die inhaltlichen Fragen müssen abgeklärt werden. Bestimmte Entscheidungen mussten jetzt vorgezogen werden. Die HH-Diskussion muss geführt und die zeitliche Abfolge harmonisiert werden. Eine vernünftige Abstimmung und Steuerung muss geführt werden.

**Anfrage durch ein Mitglied (StR)** wann der Haushalt in den JHA kommt.

**Frau Brederlow antwortete**, dass dieser im November zu einer ersten Lesung eingebracht werden soll. Es muss dann auch eine Verständigung zu den Prioritäten und Diensten erfolgen.

**Anfrage durch ein Mitglied (StR)** wie viel Zeit dann für die Diskussion zum Haushalt bleibt.

**Herr Geier antwortete**, dass der Haushalt schnellstmöglich in die Beschlussfassung gebracht werden soll. Die Beratungen hierzu müssen in einem absehbarem Zeitrahmen erfolgen, damit eine Planungssicherheit erhalten werden kann. Die sollte im Interesse aller Beteiligten sein.

**Frau Hanna Haupt** machte deutlich, dass nötigenfalls hierzu auch der JHA eine Sondersitzung für den Haushalt im November einplanen sollte. Diese Zeit sollte sich auch jedes Mitglied nehmen, um den Haushalt der Stadt schnellstmöglich zum Abschluss bringen zu können.

**Anfrage durch ein Mitglied (fr. Träger)** zu den in den Medienberichten erwähnten Kündigungen von Verträgen. Diese Information trägt zu keiner kooperativen und vertrauensvollen Zusammenarbeit bei. Der Haushalt müsste viel zeitnaher, spätestens im September eines Jahres, beschlossen werden.

**Herr Geier** lud das Mitglied ein, sich dies mal anzusehen. Bestimmte Prozesse sind erforderlich und nicht einfach, schwierig ist auch die Einnahmeseite. Die Planungen für ein Haushaltsjahr erfolgen bereits im April des Vorjahres hierzu. Die Stadt Halle hat 3.200 Beschäftigte mit unterschiedlichen Aufgaben, die hier zusammengefasst und angesehen werden müssen. Außerdem gibt es noch die Vereine und Verbände, welche ebenfalls im Haushalt berücksichtigt werden müssen. Der Haushalt der Stadt ist nicht vergleichbar mit dem Haushalt von Unternehmen, Vereinen, Verbänden, da hier sehr viel mehr enthalten ist.

**Anfrage durch ein Mitglied (fr. Träger)** zu den anfangs erwähnten Falschaussagen durch die Medien, welche sind das.

**Frau Brederlow antwortete**, dass die Darstellung der so genannten „Horrorliste“ nicht korrekt ist. Es war die Rede davon, dass die Familienbegegnungsstätten geschlossen werden sollen, dem ist nicht so.

**Herr Weber fragte an**, wie man verschiedene Ziele getaktet bekommt. Das Ziel der HH-konsolidierung gibt den Takt an. Vordergründig müsste die Fachplanung gesehen werden. Wie kriegt man das harmonisiert. Jetzt Kündigung von Verträgen durch die Stadt, damit greift die Stadt in Prioritäten ein. Eine Verunsicherungswelle ist jetzt los gelöst worden.

**Herr Geier sprach an**, dass er nicht zu Detailinhalten in die Diskussion gehen kann, da er nicht im Detail drin steckt. Die HH-konsolidierung in der Stadt ist eine klassisch gesetzliche Vorgabe, an die keiner vorbei kommt. Optimale Zielplanungen müssen gemacht werden. Es wird nach Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen unterschieden. Über Inhalte, Standards kann diskutiert werden. Das Gemeinderecht stellt hier alles in den Vordergrund. Arbeitsgrundlage für die Verwaltung ist die Genehmigung des Haushaltes durch die Landesverwaltung. Wenn erst dann Kündigungen erfolgen würden, wäre dies für Betroffene zu spät.

**Durch ein Mitglied (fr. Träger)** wurde angesprochen, dass es diese Diskussion seit Jahren gibt und sich nichts geändert hat. Durch die Kürzungen sind kleinere Verbände und Vereine existenziell gefährdet. Es bedeutet auch eine Gefährdung der Kinder und Jugendlichen und im sozialen Bereich. Wie soll das Anfang des neuen Jahres weitergehen?

**Herr Geier antwortete**, dass in diesem Bereich variabel auf Fallzahlen usw. reagiert werden muss.

**Durch ein Mitglied (fr. Träger)** wurde angesprochen, dass die Träger in der Stadt die Lage sehr ernst nehmen. Es soll keinen vorzeitigen Maßnahmebeginn mehr geben, wie verhält sich dies?

**Frau Brederlow antwortete**, dass seit Jahren die Haushaltsproblematik klar ist. Sicher sind die Stellen aus dem Fachkräfteprogramm, diese sind für drei Jahre bewilligt. Für einen vorzeitigen Maßnahmebeginn ist auch ein Beschluss notwendig.

**Herr Geier sprach an**, dass er hierzu nichts sagen kann sondern dies nur in die Besprechungen mit nehmen wird.

**Herr Weber sprach an**, dass er die Argumentation nicht versteht. Sorge ist, dass Verhandlungsprozesse wieder von vorn beginnen und Ressourcen wegbrechen. Die Träger haben Ängste, dass die Förderung wegfällt.

**Frau Hanna Haupt dankte** für die sachliche Argumentation zu einem schwierigerem Thema. Klar ist, dass der Haushalt für Alle sehr wichtig ist und schnell beschlossen werden muss.

**Herr Geier sprach** abschließend nochmals an, dass eine zeitliche Stringenz in den Haushaltsberatungen und der Beschlussfassung erforderlich ist. Ihm ist klar, dass jeder Aufgabenbereich für sich sehr gute Sachen hat, die auch sehr positiv laufen. Dennoch macht er deutlich, dass 20 Mio € Minus in der Haushaltskasse der Stadt sind und eine vernünftige und politisch abgewogene Entscheidung zum Haushalt getroffen werden muss.

## **zu 7        Beschlussvorlagen**

### **zu 7.1      Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2008/07420**

Diese Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen (siehe TOP TO)

Herr Geier, i.V. von Dr. Marquardt, hat mit entsprechender Begründung die Vorlage von der heutigen Tagesordnung zurück gezogen.

Diese Vorlage wird in der nächsten Stadtratssitzung im Zusammenhang mit dem Haushalt auf die Tagesordnung gesetzt. Parallel zur Sitzung des Stadtrates am 29.10.08 wird die Vorlage versendet, auch an die freien Träger. Eine erste Lesung wird es im JHA am 06.11.08 mit dem Haushalt geben und im Dezember soll dies zum Abschluss gebracht werden.

## **zu 8        Anträge von Fraktionen und Stadträten**

### **zu 8.1      Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zur Einführung von gestaffelten Benutzungsgebühren nach Einkommen und Kinderzahl für den Besuch von Kindertageseinrichtungen Vorlage: IV/2008/07234**

Dieser TOP wurde vertagt (siehe TOP TO)

Der Antrag wurde mit Zustimmung der Antragstellenden Fraktion vertagt.  
Dieser wird im Zusammenhang mit der Gebührensatzung Kita auf die TO gesetzt.

### **zu 8.2      Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Evaluation des Beratungs- und Koordinierungsbedarfs im Bereich Bildung in Halle Vorlage: IV/2008/07392**

Nach einer kurzen Diskussion wurde im Ergebnis festgelegt, dass die gewünschte Evaluation gewollt ist , aber im Interesse des städtischen Haushaltes diese kostenlos durchgeführt werden soll. Dies soll auch im Beschlussvorschlag der einbringenden Fraktion modifiziert werden.

**Frau Ewert** (Mitglied der Antragstellenden Fraktion) teilte mit, dass dies im Sinne des Antragstellers möglich ist.

Die Diskussion zeigte, dass diese Evaluation möglichst durch die Verwaltung selbst und ohne Beteiligung eines unabhängigen Institutes durch geführt werden soll. Eine Beteiligung Außenstehender soll nur erfolgen, wenn diese kostenfrei ist.

Es wurde durch ein **Mitglied (fr. Träger) angefragt**, ob es einen Auftrag zur Evaluation Übergang Kita zu Schule gibt.

**Frau Brederlow antwortete**, dass die Arbeit erst los geht, wenn die Evaluation durchgeführt werden kann.

**Frau Hanna Haupt** rief zur Abstimmung auf und sprach an, dass es jetzt um die Zustimmung zu einer **kostenlosen** Evaluation geht.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine **kostenlose** Evaluation des Beratungs- und Koordinierungsbedarfs bei in der Stadt vorhandenen Bildungsangeboten durchzuführen. Dabei soll das Augenmerk vor allem auf den Übergängen zwischen Bildungsinstitutionen, wie z.B. von der KiTa in die Grundschule liegen. Ziel soll es sein, über die originären Zuständigkeiten der Ämter hinaus Defizite aufzuzeigen und in Abstimmung mit Bildungsträgern Verfahren zur Qualitätssteigerung zu finden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Befürwortungen:	11
Ablehnungen:	1
Enthaltungen:	3

Damit wurde dem modifiziertem Beschlussvorschlag zugestimmt.

## **zu 9 Schriftliche Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern**

### **zu 9.1 Anfrage des Mitglieds des Jugendhilfeausschusses Heike Wießner - CDU - zu den Kosten von Krippen, Horten und Kindertagesstätten Vorlage: IV/2008/07480**

**Frau Hanna Haupt sprach an**, dass die Verwaltung die Antwort zur Anfrage vorbereitet hat und diese nach Autorisierung durch Dr. Marquardt (dieser z.Zt. im Urlaub) Frau Wießner zusenden wird. Für die Mitglieder des JHA wird die Antwort der heutigen Niederschrift zur Kenntnisnahme angehängen. Sollten sich aus der Beantwortung heraus noch Fragen ergeben, kann hierzu in der nächsten Sitzung nachgefragt werden.

Damit erklärte sich **Frau Wießner** einverstanden.

## **zu 10 Mitteilungen**

### **- der Verwaltung zum Bauzustand Objekt Cliquentreff "Schnatterinchen"**

Auf Antrag wurde der Bericht des UA Jugendhilfeplanung bereits unter TOP 6 behandelt.

**Die Verwaltung teilte** zum Stand des Objektes Schnatterinchen mit, dass im August 2008 die bis dahin festgestellten Mängel beseitigt worden waren. Anfang September fand eine erneute Begehung des Objektes mit ZGM statt. Es wurde dabei festgestellt, dass sich in den Fluren und einigen Räumen neue Risse an Wänden gebildet haben. Im Dezember soll es eine erneute Begehung geben, um Maßnahmen zur Beseitigung der bis dahin festgestellten Mängel festzulegen. Bei den Rissen handelt es sich, laut ZGM, um Haarrisse, deren Ursache überwiegend in den unterschiedlichen Ausdehnungskoeffizienten der verwendeten Baumaterialien liegt. Teilweise liegen auch Ausführungsmängel der Rohbaufirma vor. Das Gebäude ist statisch – konstruktiv nicht gefährdet, es handelt sich um optische Mängel.

### **Weitere Mitteilungen:**

Herr Weber teilte mit, dass die Träger eine Verfahrenssicherheit benötigen. Er reichte schriftlich eine Anfrage an die Verwaltung im Zusammenhang mit dem vorzeitigem Maßnahmebeginn und bat um schriftliche Beantwortung.

**Die Verwaltung** sagte zu, dass dies zur nächsten Sitzung erfolgen wird.

**Frau Klotsch** teilte mit, dass im JHA eine regelmäßig wiederkehrende Tagesordnung für relevante Punkte, bspw. den HzE-Bericht, eingeführt werden muss. Hier war eine quartalsmäßige Berichterstattung vereinbart worden, welche nicht regelmäßig erfolgt. Deshalb hat sie schriftlich einen Antrag formuliert, welchen sie an die Verwaltung reichte und um Behandlung dieses Antrages im November im JHA bat.

**Die Verwaltung** sagte dies zu.

## **zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

**Frau Wießner** stellte die Anfrage zur Problematik des Kinderbetreuungsanspruches im LSA, welche für geistig behinderte Kinder im Schulalter nicht gewährleistet wird. Jetzt ist wieder Ferienbeginn und die Eltern dieser Kinder haben keine Plätze zur Verfügung gestellt bekommen sondern müssen sich kümmern, wie sie die Betreuung ihrer Kinder in der Ferienzeit selbst absichern. Sie hat einen betroffenen Vater mitgebracht, welcher im Bedarfsfall hierzu berichten kann, wenn diesem Rederecht erteilt wird. Jetzt wird dies nicht mehr lösbar sein, aber in Zukunft sollte dies für die Ferienzeit klar geregelt werden.

**Die Verwaltung sprach** an, dass die Problematik klar ist und hierzu nicht extra der Vater angehört werden muss. Es wird eine Prüfung erfolgen.

**Frau Schwabe** erwähnte, dass sie dies bereits vor längerer Zeit als Problem angesprochen hatte, dies aber offensichtlich in Vergessenheit geraten ist.

**Frau Ute Haupt erwähnte**, dass hier Verhandlungen mit Landtagsabgeordneten laufen.

**Frau Ute Haupt** fragte an, welche Träger der Jugendhilfe es konkret betrifft, mit denen jetzt die Vertragskündigung von freiwilligen Leistungen erfolgte.

**Die Verwaltung antwortete**, dass dies Caritas mit dem Begegnungszentrum „Wasserturm“ und den Kinder- und Jugendhaus e.V./Jugendcafebetrifft. Diese Verträge wurden gekündigt.

**Frau Ute Haupt fragte** an, was es mit den Abholzungen am Spielplatz Heidensee (bei den Eisenbahnwaggons) auf sich habe. Hier erhielt sie Hinweise und Anfragen durch Eltern. Sie bat um Klärung mit der AG Spielplätze.

**Die Verwaltung** sagte dies zu.

**Frau Ewert bat** darum, dass zukünftig Berichte wieder vorab zur Verfügung gestellt werden. Heute wurde der Streetworkbericht verteilt. Bei vorheriger Kenntnisnahme von Berichten kann gleich gezielter hinterfragt werden.

**Die Verwaltung sagte** zu, dies überwiegend wieder gewährleisten zu wollen. Dies wird aber nicht in jedem Fall zu gewährleisten sein.

## **zu 12 Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Kaupke

Protokollführerin